

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 6 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Riesenkrach im Bürgerblock.

Die Deutschnationalen schreien über Indiskretion. — Die Vereinbarung bedroht? — Gerause um Ministerstühle.

Heute soll endlich der Bürgerblock werden. Heute will man endlich zur Sache kommen, d. h. zur Verteilung der Ministerstühle. Fünf oder drei für die Deutschnationalen, ist die Frage.

Also sagen wir: vier!

Ehe die Welt wurde, war das Chaos. Mit dem Bürgerblock ist es nicht anders. Zunächst sieht man noch immer nichts als ein aufgeregtes Getümmel. Die Rechtspresse schäumt über die Veröffentlichung der Richtlinien. Das Zentrum ist wütend, weil die Deutschnationalen entgegen der amtlichen Meinung erklären, sie hätten bisher überhaupt noch zu nichts ihre Zustimmung gegeben. Wäre das richtig, dann wäre es ja ein Skandal, daß man die anderen Parteien über ein „positives Ergebnis“ beschließen ließ, das gar nicht existierte. Aber es ist ja nur eine erbärmliche Verlegenheitslüge.

Das völkische „Deutsche Tageblatt“ höhnt über die „schwarzrotgoldenen Deutschnationalen“. Die rechtsdeutsch-nationalen „Deutsche Zeitung“ versichert, eine „neue Krise“ sei ausgebrochen. Die Deutschnationalen würden heute vormittag Herrn Marx erklären, „daß man für die neue Regierung eine neue Grundlage wird suchen müssen, wenn sie zustande kommen soll. Die offiziell deutsch-nationale Presse mag es nicht einmal, die „Richtlinien“ ihren Lesern mitzuteilen. Die „Kreuzzeitung“ höhnt über einen „groben Störungsvorfall“. Der „Volk-Anzeiger“ versichert, die Deutschnationalen hätten nicht daran, die Vereinbarungen — also gibt es doch Wechsel? — umzustößen, aber das Veröffentlichete sei „unvollständig und zum Teil falsch“.

Die „Germania“ hingegen anerkennt die Billigkeit der Richtlinien. Sie veröffentlicht sie an leitender Stelle. Sollten die Deutschnationalen noch Schwierigkeiten machen, so sei natürlich die ganze Vereinbarung bedroht. Das Zentrum glaubt, die Deutschnationalen würden sich schließlich schlucken, aber es zweifelt an der Aufrichtigkeit der „neuen Bekehrung“ und fordert einen Beweis der Loyalität.

Sollte dieser Beweis der Loyalität noch nicht erbracht ist, wird man es der Wählerschaft nicht verübeln können, wenn sie die demokratische Tugend des Mißtrauens übt.

Was die „Loyalität“ betrifft, verweisen wir auf die gestrigen Vorgänge in der Zehlendorfer Bezirksversammlung, wo ein Deutschnationaler die Farben der Republik beschimpfte, und auf die heutigen Kaisergeburtstagsartikel der Rechtspresse.

Um die Ministerstühle.

Die Deutschnationalen traten gegen mittag zu einer Fraktions-sitzung zusammen. Die Sitzung war nur kurz. Danach begab sich Bestarp zu Marx, um mit ihm über die Verteilung der Postseuilles zu verhandeln.

Es scheint, daß auf die Richtlinien und ihre Veröffentlichung kein Gewicht mehr gelegt wird, sondern nur noch auf die Ministerstühle.

Die demokratische Reichstagsfraktion setzte am Donnerstag morgen ihre gestern abend abgebrochene Fraktions-sitzung fort. Um 11 Uhr erschien Reichstagsführer Dr. Marx im Reichstag. Darauf begaben sich sofort die demokratischen Führer Koch und Dr. Haas zu ihm, um sich des gestern abend bereits von ihrer Fraktion erteilten Auftrages zu entledigen.

Die demokratische Fraktion beschloß danach einstimmig, den Eintritt in die Regierung abzulehnen.

Die heruntergehandelten Richtlinien.

Vergleich mit dem Urtext. — Ein Geheimprotokoll.

Die „Richtlinien“ der deutschnationalen Grundfahlosigkeit als Regierungsprogramm des Bürgerblocks sind zum Entsetzen ihrer Urheber und zum Vergnügen aller Republikaner frühzeitig veröffentlicht worden. An der Hand ihres Wortlauts vermag sich das deutsche Volk eine Vorstellung davon zu machen, was bei dem Kuhhandel-der bisher „vaterländischen Opposition“ herausgekommen ist. Ein ganz klares Bild über dieses Ergebnis ermöglicht natürlich nur ein Vergleich zwischen den tatsächlichen Richtlinien und ihrem Urtext. Warum sollen wir ihn nicht auch veröffentlichen? Er befindet sich in unserem Besitz. Das möchten wir ausdrücklich feststellen, um von vornherein allen Dementis die Spitze abzubiegen.

Also vernehmen wir, wie man im bürgerlichen Lager über Grundfah denkt, indem man über ihre Formulierung verhandelt. Zunächst heißt es in dem Urtext: „Uneingeschränkte Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Verträge von Locarno.“ Das „uneingeschränkt“ ist fortgefallen, wie überhaupt der ganze Passus über die Außenpolitik eine Umgestaltung erfahren. In bezug auf die Formulierungen über die Verfassung war anfänglich deren Schutz „gegen alle Verunglimpfungen“ festgelegt. Auch diese bestimmte Feststellung ist jetzt insofern verallgemeinert, als nur ein Schutz gegen „alle herabziehenden Verunglimpfungen“ in Frage kommen soll. Was „herabziehend“

ist, bestimmt im gegebenen Falle schließlich der künftige deutsch-nationale Innenminister.

Wesentliche Änderungen hat der Urtext über die Reichswehr erfahren. Abgesehen von bestimmten einschränkenden Formulierungen sind im Vergleich zu dem Entwurf in den von den Deutschnationalen anerkannten Richtlinien ganze Sätze fortgefallen. In der Ausarbeitung des Herrn Marx hieß es z. B., was die Rekrutierungsverordnung anbelangt und im gewissen Sinne auch den Fassungen der Sozialdemokratie entsprach: „Die unteren Verwaltungsbehörden sollen in möglichst weitem Umfang zwecks Ausrüstung in Anspruch genommen werden.“ Von dieser Feststellung ist in den tatsächlichen Abmachungen ebenso wenig zu finden, wie von dem Hinweis auf die strenge Bestrafung, die Anstreben sollte, wenn Reichswehrangehörige zu irgendwelchen Wehrverbänden Beziehungen unterhalten. Der in den Vereinbarungen mit den Deutschnationalen im Vergleich zu dem Urtext diesbezüglich gestrichene Satz lautet: „Zwischenhandlungen werden im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen streng geahndet.“ Man traut sich also nicht einmal, eine strenge Ahndung auszusprechen. Wer zweifelt unter diesen Umständen überhaupt noch daran, daß die ganzen Bestimmungen nicht ernst gemeint sind?

Auch andere Bestimmungen des Entwurfs sind gestrichen worden. Statt dessen hat man sich auf ein Geheimprotokoll geeinigt, in dem es zunächst heißt, daß die Anerkennung der Locarno-Verträge nicht nur völkerrechtlich, sondern auch verfassungsrechtlich zu verstehen ist. In dem zweiten Punkt dieses Geheimprotokolls, der ebenfalls anfänglich vor aller Öffentlichkeit festgelegt werden sollte, heißt es, daß der Schutz der Verfassung sich auf den ganzen Artikel 3 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 bezieht. Im dritten Punkt wird die Vereinbarung festgelegt, daß Anträge, die sich auf eine Abänderung der Verfassung beziehen, nur im gegenseitigen Einvernehmen der Regierungsparteien gestellt werden dürfen.

Die neuen „Republikaner“ zu Kaisers Geburtstag.

Die „Kreuzzeitung“ mit dem Kopf „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!“ veröffentlicht einen Vortragsartikel zu Kaisers Geburtstag. Eine künftige Geschichtsschreibung werde die Verdienste Wilhelms II. wieder rein hervorzuheben lassen.

Die „Deutsche Zeitung“ ruft: „Heil dem Kaiser!“ Sie fordert auf, „mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß das Kaisertum wiederkehre.“

Der „Reichsbote“, das deutsch-nationale Postorenblatt, jammert über „diesen herrlichen Staat, den Staat der Hohenzollern“, den uns „der schwarze Tag des Umsturzes“ genommen hat. „Für unseren in Ehrfurcht geliebten Kaiser und König erbitten wir zu seinem Geburtstag von Herzen Gottes Segen und Schutz, mit dem Wunsch, daß Gott die Treuen im Lande stärken, die Irregelmäßigkeiten aber zurechtbringen, und daß er endlich, so es sein heiliger Wille ist, den Kaiser und König auf den Thron seiner Väter zurückzuführen wolle.“

Im Zeichen der „Richtlinien“.

Der „Reichsbote“ druckt zum 27. Januar den Wortlaut einer Predigt ab, gehalten von Pfarrer Friedrich Johann Rump, Berlin am Mittwochabend in der Friedenskirche zu Potsdam. Am Schluß der „unpolitischen“ 27. Januar-Predigt lesen wir:

Gemeinde, das ist unsere Art, immer noch und immer wieder „Kaisers Geburtstag“ zu begehen. Im Gedanken der ruhmvollen und ehrenschweren Vergangenheit fragen wir um unser Vaterland: „Wie bist du vom Himmel gefallen, du schöner Morgenstern!“ (Matth. 14, 12). Im Erleben einer Gegenwart, die uns immer wieder predigt: „wehlos — ehrtlos“ straffen wir uns aus allem Klagen zu namhaftem Wollen: Krieg sei das Lösungswort! Krieg allem unpreußischen, allem andern Wesen, Sieg! halt es weiter fort! — Im Blick auf eine dunkle Zukunft rufen wir einander zu: „Immer aufs Neue empor, nur nicht erliegen! Wer sich nicht selbst verlor, muß einmal siegen!“

Als Preußen aber, die Christen sein wollen, und als Christen, die preußisch fühlen, werfen wir Panier auf:

Dem Kaiser treu bis in den Tod!
Wir schwören laut mit freudigem Mute.
In Friedenszeit, in Kriegesnot
Treu bis zum letzten Tropfen Blut!

Amen!

Zur selben Stunde bereiten sich die deutschnationalen Minister vor, „laut mit freudigem Mute“ die Treue — der republikanischen Verfassung von Weimar zu schwören. Amen!

Ein Vorstoß des linken Zentrums.

Im Verlauf der gestrigen Fraktions-sitzung des Zentrums ver-luchteten die Abgeordneten Voos, Birch und Schlack die mit den Deutschnationalen vereinbarten Richtlinien in wesentlichen Punkten noch klarer und eindeutiger zu gestalten. Die Fraktion ging jedoch darüber hinweg und stimmte den inzwischen veröffentlichten Formulierungen zu.

Angestellte und Bürgerblock.

Unternehmeroffensive auf die bürgerlichen Parteien.

Von Fritz Schröder.

Nicht kennzeichnet deutlicher die gewaltige Verschlechterung der sozialen Lage der Angestellten wie die seit Jahr und Tag zu verzeichnende Stellenlosigkeit. Alle Kategorien von Angestellten werden von ihr betroffen: kaufmännische Angestellte, Bureauangestellte, Bankbeamte, Techniker, Künstler usw.; sie macht auch nicht halt vor den hochqualifizierten Angestellten.

Die amtliche Erhebung vom 16. Juli 1925 zählte 67 000 stellenlose Angestellte, davon waren bereits zum damaligen Zeitpunkt 36 000 bis zu zwölf Monaten und länger stellenlos, Tausende seit Jahren. Diese Ziffern werden in den Schatten gestellt durch die spätere Entwicklung. Seitens vielen Monaten ist das Heer der stellenlosen Angestellten auf eine Viertelmillion angewachsen. Der letzte Bericht der Reichsarbeitsverwaltung über die Arbeitsmarktlage für Angestellte weist 241 408 Stellenlose aus.

In diesen trockenen Ziffern steckt eine unermessliche Not. Nicht nur der stellenlosen Angestellten. Der Druck dieses Arbeitslosenheeres ist nicht ohne Rückwirkungen auf die soziale Lage der beschäftigten Angestellten geblieben. Unter dem Stichwort des Leistungsstarikes haben die Unternehmer in weitem Umfang die Freiheit erhalten, die Gehälter zu drücken. So widerspruchsvoll das klingt, es ist dennoch Tatsache: Bezahlung nach Leistung ist die Kulisie, hinter der sich ein starker Gehaltsdruck abspielt. Dazu kommt eine beispiellose Verlängerung der Arbeitszeit; vielfach ist die Arbeitszeit länger als in der Vorkriegszeit. Die Notlage der Angestellten wird gründlich für die Leistung sogenannter freiwilliger Mehrarbeit ausgenutzt.

Was diese Entwicklung bedeutet, kann nur der voll er-messene daran denkt, daß ein Arbeitslosenproblem in des Wortes fürchtbarster Bedeutung noch vor einem Jahrzehnt für die Angestellten nicht existierte. Deht erst sind die Angestellten vom typischen kapitalistischen Arbeits-schicksal mit all seinen verhängnisvollen Folgen erfaßt. Und doch ist das erst der Anfang einer Entwicklung. So revolutionisierend die Einführung von Bureaualmaschinen bereits auf die gesamte Bureauorganisation gewirkt hat, diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Die amtlichen Arbeitsmarkt-berichte spiegeln das deutlich wieder. „Das Ueberangebot an ersten Fachkräften aller Art ist nach wie vor erheblich.“ „Die älteren Angestellten waren verschiedentlich wieder stark vertreten und kamen häufig aus langjähriger (bis zu 35 Jahren) innegehabten Stellen.“ „Wie bisher wurden fast nur junge, gut ausgebildete Fachkräfte verlangt, an deren Leistungen die weitestgehenden Anforderungen gestellt wurden (z. B. Bilanzbuchhalter bis zu 22 Jahren, die nicht nur perfekt französisch und englisch sprechen und schreiben, sondern auch ihre Kenntnisse für beide Sprachen im Ausland erworben haben sollten).“ Das sind so einige Stichproben aus dem letzten Bericht.

Vor dieser harten Wirklichkeit zerrinnt der letzte, romanti-sche Zauber von dem Kaufmannsberuf; er hat sich längst gelüftet in die steinernen Welterben, die vorm Hause verkünden: „Rein Feld ist die Welt.“

In einer solchen Situation ist der Ausbau des An-gestellten-schutzes mehr denn je gebieterische Notwendigkeit. Unter Führung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat der Reichstag im Juli vergangenen Jahres diese Aufgabe in Angriff genommen. Unter dem Vorsitz des Genossen Aufhäuser kam der Unterausschuß des Reichstags zu einstimmigen Ergebnissen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verwarf bei der Verab-schiedung des Kündigungsschutzgesetzes einen weiteren Ausbau des Kündigungsschutzes und die Einführung von Abhegeln, wie sie das österreichische Angestelltenrecht seit langem kennt entsprechend den Beschlüssen des Unterausschusses durchzuführen. Das scheiterte an dem Wider-stand der bürgerlichen Parteien.

Die Beratungen im Reichstage lösten eine umfassende Offensive der Unternehmer aus. Mit baharischer Grobheit erklärte der Verband der Arbeitgeber des Bau-gewerbes für München und der Arbeitgeberverband des Südbayerischen Holzgewerbes, daß die Abgeordneten des Unterausschusses entweder fest geschlafen oder auf dem Mond oder in Egging (eine bayerische Berrücktenanstalt) gewesen sind, somit wäre es unmöglich, in der derzeitigen Wirtschaftslage solche Beschlüsse zu fassen. Die Zeitung des Deutschen Indu-striegewerbandes — er nennt sich stolz die älteste, größte und leistungsfähigste Streikentschädigungsorganisation der deutschen Industrie — berichtete, daß sofort gegen die Beschlüsse des Unterausschusses Einspruch bei sämtlichen nicht sozialistischen Reichstagsfraktionen erhoben wurde.

Das Kündigungsschutzgesetz war nicht ganz zu verhindern. Deshalb wurden in einer ausführlichen Denkschrift die bürgerlichen Parteien davor gewarnt, diesen Weg fort-zusetzen. Wer zu lesen versteht, wird sich im klaren darüber sein, was gemeint ist, wenn auf ein immer mehr um sich greifendes Desinteressent für die Parteien in Arbeitgeberkreisen hingewiesen wird. Schließlich soll auch etwas für die Bahlaelder geleistet werden.

Ein vertrauliches Rundschreiben des Zentralverbandes des deutschen Großhandels enthält die letzten Geheimnisse zwischen Unternehmern und bürgerlichen Parteien. Fleißig sollte Material zur Bekämpfung der sozialpolitischen

